

Kapitel 1

Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum in der europäischen Union^{1, 2}

Soziale Integration ist seit Langem eine politische Priorität der Mitgliedstaaten der EU und die Dringlichkeit des Handelns hat sich seit der Wirtschaftskrise mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt noch verstärkt. Unternehmertum kann potenziell zur Lösung dieses Problems beitragen. Mit politischen Konzepten für ein integrationsförderndes Unternehmertum soll sichergestellt werden, dass alle Mitglieder der Gesellschaft über die gleichen Möglichkeiten zur Gründung und Führung von Unternehmen und für eine selbstständige Erwerbstätigkeit oder zur Nutzung der Erfahrungen aus der unternehmerischen Tätigkeit für die Erweiterung ihrer Fertigkeiten und die Erhöhung ihrer Beschäftigungsfähigkeit verfügen. Mithilfe dieser Strategien sollen Menschen unterstützt werden, die bei der Gründung tragfähiger Unternehmen besonderen Herausforderungen gegenüberstehen, deren unternehmerisches Potenzial aber zugleich unterschätzt wird. Dazu gehören Frauen, junge Menschen, Ältere, ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderungen.

1. Hinweis der Türkei:

Die Informationen in diesem Dokument mit einem Verweis auf „Zypern“ beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es gibt keine zentrale Behörde, die sowohl die türkische als auch die griechisch-zyprische Bevölkerung auf der Insel vertritt. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNC) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und nachhaltige Lösung gefunden wurde, behält die Türkei ihren Standpunkt im Hinblick auf die Zypernfrage bei.

2. Hinweis aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der OECD und der Europäischen Union:

Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Dokument beziehen sich auf das Gebiet, das der tatsächlichen Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht.

Unternehmertum für alle

Unternehmertum fördert das Wirtschaftswachstum durch Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen (siehe Leseleitfaden zur Definition des Unternehmertums von OECD und Eurostat), aber sein Integrationspotenzial wird erst dann nutzbar, wenn benachteiligte soziale Gruppen die gleichen Möglichkeiten zur erfolgreichen Gründung und Führung eines Unternehmens erhalten wie andere Menschen. Viele Untersuchungen deuten darauf hin, dass der Großteil der Unternehmer in der EU männlich, wohlhabend, gut ausgebildet, weiß und im Inland geboren ist. Damit ist die Realität weit von der Idealvorstellung zu Integration entfernt. Eine Reihe von Abbildungen verdeutlicht den Mangel an Unternehmern außerhalb des Durchschnitts. Beispielsweise betrug im Jahr 2012 die Zahl der Frauen unter den Selbstständigen nur 9 Millionen gegenüber 21 Millionen Männern. Auch die Zahl der von Frauen gegründeten Unternehmen, die neu in den Markt eintreten, liegt in den EU-Ländern üblicherweise niedriger als bei Männern.

Zugleich besteht ein Gefälle im Hinblick auf die Qualität des Unternehmertums zu Lasten benachteiligter sozialer Gruppen – die Indikatoren zu Geschäftsvolumen, den Einkünften aus einer selbstständigen Erwerbstätigkeit und den Überlebensraten von Unternehmen liegen bei Frauen, jungen Menschen und Zuwanderern deutlich niedriger im Vergleich zur übrigen Bevölkerung (Europäische Kommission, 2005). Außerdem beschäftigten im Jahr 2012 in der EU nur 24 % der weiblichen und 11 % der jungen Selbstständigen (15 bis 24 Jahre) Arbeitnehmer, aber 34 % der männlichen bzw. 29 % der erwachsenen Selbstständigen.

Entscheidungssträger auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene können dieses Ziel mit Programmen unterstützen, die für eine stärkere Sensibilisierung der Menschen und eine Steigerung der Motivation für das Unternehmertum als Karriereentscheidung in allen Bevölkerungsgruppen sorgen und Probleme bei der Funktionsweise von Märkten und Institutionen beheben, die sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen in stärkerem Maße als auf andere auswirken.

Diese Konzepte legen ihren Schwerpunkt auf die Unterstützung der Gründung von Unternehmen und der selbstständigen Erwerbstätigkeit von Menschen, die im Unternehmertum unterrepräsentierten oder am Arbeitsmarkt benachteiligten sozialen Gruppen angehören. Dies schließt beispielsweise Frauen ein, die seltener als Männer an Unternehmen beteiligt oder selbstständig erwerbstätig sind. Ebenso gibt es Bevölkerungsgruppen mit einem höheren Risiko der sozialen Ausgrenzung als andere, die aus der Gründung eines Unternehmens einen Nutzen ziehen können, beispielsweise ethnische Minderheiten und Zuwanderer, Menschen mit Behinderungen, junge Arbeitslose und Menschen in Gegenden mit schwerwiegender wirtschaftlicher Schieflage.

Wenngleich die Unternehmensgründung – genauer gesagt die nachhaltige Unternehmensgründung – eindeutig zu den Zielen politischer Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum gehört, ist der Weg in die Unternehmensgründung nicht für jeden geeignet. Dank der genannten Strategien werden sich jedoch sehr häufig Fertigkeiten, Selbstbewusstsein, die Motivation und Netzwerke verbessern, wodurch wiederum die Chancen auf einen Arbeitsplatz größer werden. Zusätzlich können politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum das soziale Unternehmertum unterstützen, das seinerseits die Eingliederung von Angehörigen benachteiligter Gruppen in die Arbeitswelt und die Gesellschaft unterstützen kann.

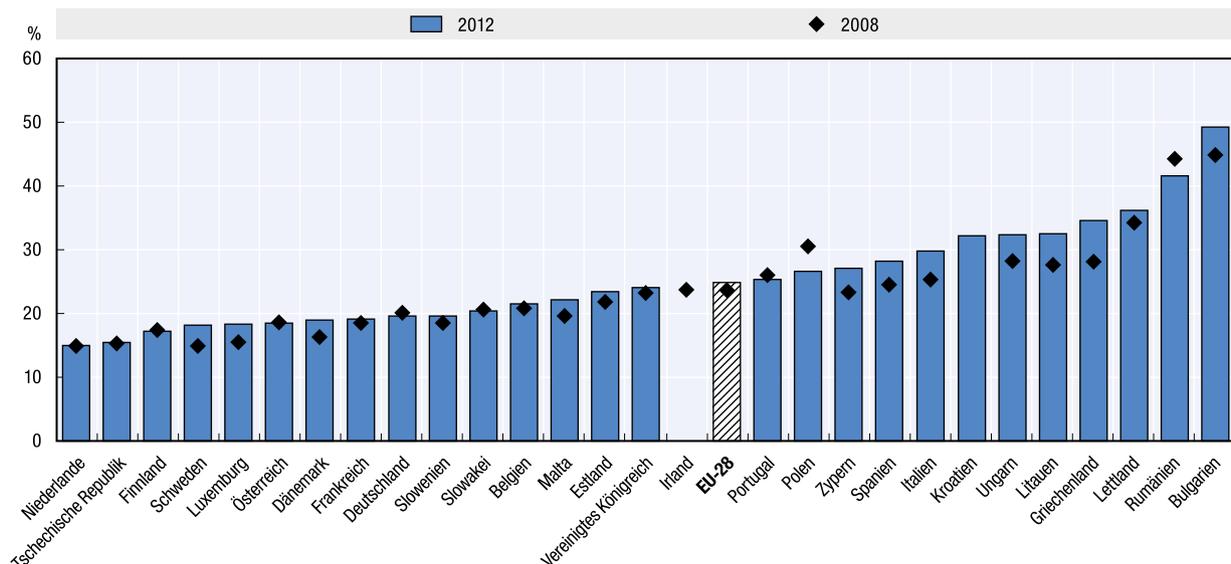
Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung

Die soziale Eingliederung ist seit Langem ein angestrebtes Ziel der Europäischen Union, aber die jüngste Wirtschaftskrise hat die Dringlichkeit des Handelns noch verstärkt, da sich der von sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerungsanteil in vielen EU-Mitgliedstaaten weiter erhöht hat (Abbildung 1.1). Im Jahr 2012 waren 25 % der EU-Bevölkerung, d. h. 124,5 Millionen Menschen, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Am niedrigsten lag dieser Anteil in den Niederlanden (15 %), der Tschechischen Republik (15,4 %) und Finnland (17,2 %). In diesen Ländern haben sich die Zahlen seit 2008 nur wenig verändert. Demgegenüber ist in fast allen Ländern mit einem hohen Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung seit 2008 ein weiterer Anstieg zu verzeichnen. In Bulgarien beispielsweise war 2012 knapp die Hälfte der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, mit einem Anstieg um 4,5 Prozentpunkte seit 2008. Zu den Ländern mit einem hohen gefährdeten Bevölkerungsanteil gehören auch Rumänien, Lettland und Griechenland, wo 2012 über ein Drittel der Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht war.

Abbildung 1.1. **Anteile der Bevölkerung, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind (2012 gegenüber 2008)**

Anteile der 15- bis 64-Jährigen



Hinweise: 1. Für Irland liegen für das Jahr 2012 keine Daten vor. 2. Kroatien ist vom EU-28-Wert für das Jahr 2008 ausgenommen.

Quelle: Eurostat, Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen, 2013.

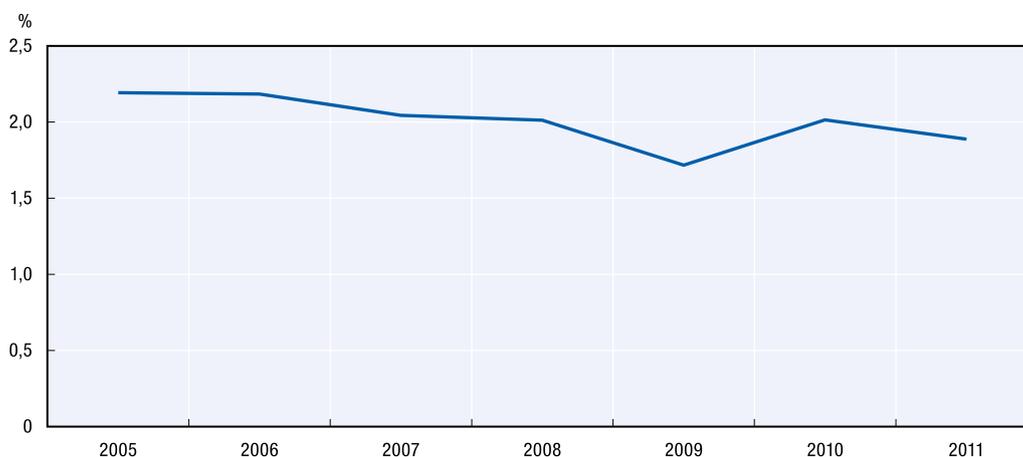
StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933190596>

Als Antwort auf diese wachsende Herausforderung bekräftigten die EU-Mitgliedstaaten ihre Verpflichtung, dieses Problem im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ (http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm) anzugehen, welche darauf abzielt, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen zu senken. Allerdings besteht noch Spielraum bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung durch Maßnahmen für ein integrationsförderndes Unternehmertum.

Bei einem der effektivsten Wege zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung handelt es sich eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die auf eine Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt abzielen. Infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der Erwerbsbeteiligung erhöhten sich zwischen 2007 und 2011 die Ausgaben der EU für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um 22 %. Zu diesen Maßnahmen gehören auch Unterstützungsprogramme für das Unternehmertum, etwa in Form

von Aus- und Weiterbildung und Anreizen für Unternehmensgründungen. Die Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen und zur Schaffung von Gründungsanreizen erhöhten sich zwischen 2007 und 2011 um 12 %. Dieser Anstieg liegt im Vergleich zu den Gesamtausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen niedriger und bedeutet daher einen relativen Rückgang der Maßnahmen zur Gründungsförderung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik der EU (Abbildung 1.2). Der Einsatz von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Gründungsförderung ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. In vielen Mitgliedstaaten, darunter Zypern, Bulgarien, Luxemburg, Belgien, Malta, Portugal, Rumänien, Österreich, Lettland und Tschechien, lagen die Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Gründungsanreize im Jahr 2011 praktisch bei Null (Abbildung 1.3). Die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die Einbindung in den Arbeitsmarkt sind nicht ausreichend bekannt, da sie häufig nicht gut dokumentiert ist. Es gibt jedoch einige Nachweise von spezifischen Programmen, die deren Wirksamkeit belegen. Beispielsweise konnten viele Programme für Überbrückungsleistungen durch die Weiterzahlung einer Grundsicherung in der Frühphase der Unternehmensentwicklung Gründungsvorhaben aus der Arbeitslosigkeit heraus erfolgreich unterstützen. Näher besprochen werden Überbrückungsleistungen in Kapitel 6, das sich mit der Förderung von Gründern aus der Arbeitslosigkeit heraus befasst, sowie in Kapitel 9, in dem der Einfluss der Sozialversicherungssysteme auf Unternehmensgründungen und selbstständige Erwerbstätigkeit untersucht wird.

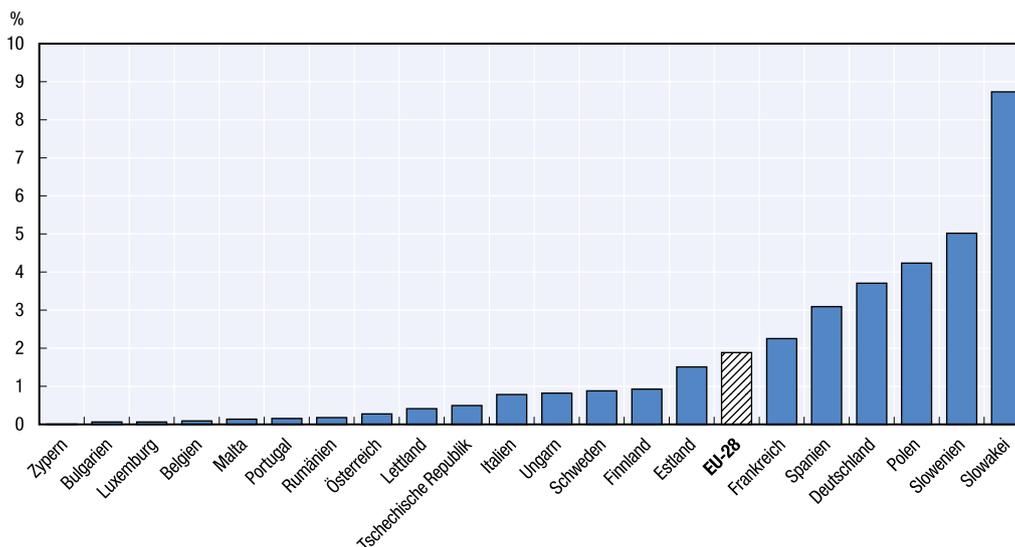
Abbildung 1.2. **Anteile der Gründungsförderung an den Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU-28), 2005-2011**



Quelle: Eurostat, Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach Interventionsart, 2014.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933190609>

Ein zweiter Ansatz ist die Gestaltung von Programmen, die eine Hebelwirkung der EU-Strukturfonds bewirken. Eine der zentralen Finanzierungsquellen, die im Hinblick auf die Nutzung des Unternehmertums als Mittel zur Förderung der sozialen Eingliederung verfügbar sind, ist der Europäische Sozialfonds (ESF). Der ESF dient der Kofinanzierung von Programmen, die speziell auf die Bedürfnisse gefährdeter Gruppen mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt ausgerichtet sind. Dazu gehören Bildungs- und Fortbildungsprogramme für benachteiligte Gruppen, insbesondere Arbeitslose, und Programme zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hindernissen auf dem Arbeitsmarkt. Das Unternehmertum ließe sich jedem dieser Bereiche zuordnen. Im Programmzeitraum 2007-2013 wurden über den ESF knapp 76 Milliarden EUR bereitgestellt, und etwa ein Sechstel der Mittel floss in Programme zur Förderung der sozialen Eingliederung. Bislang wurden die Möglichkeiten des Fonds zur Förderung des Unternehmertums von den Mitgliedstaaten nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Für den laufenden Programmzeitraum 2014-2020 wird jedoch eine größere Schwerpunktsetzung gefordert.

Abbildung 1.3. **Anteile der Gründungsförderung an den Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, 2011**

Hinweis: 1. Für Kroatien, Dänemark, Irland, Griechenland, Litauen, die Niederlande und das Vereinigte Königreich liegen keine Daten vor.

Quelle: Eurostat, Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach Interventionsart, 2014.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933190619>

Kurzer Fahrplan zur Lektüre dieser Publikation

In diesem Buch wird untersucht, wie ein integrationsförderndes Unternehmertum von der Politik unterstützt werden kann. Im Teil I werden Daten zum Umfang und zur Qualität des Unternehmertums in der EU nach Gruppen vorgestellt, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind, – Frauen, junge Menschen und Ältere. Außerdem enthält Teil I Daten zur Art des Unternehmenssitzes, während Daten zu Arbeitslosen und ethnischen Minderheiten in Teil II des Buches zu finden sind.

Das erste Kapitel von Teil I, **Kapitel 2, enthält eine Vorstellung der Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit und zu den unternehmerischen Tätigkeiten von Frauen in der EU**, einschließlich der Quoten und Anzahl der selbstständig erwerbstätigen Frauen und der Sektoren, in denen sie tätig sind. In diesem Kapitel werden zudem die Daten der Haushaltserhebung der Global Entrepreneurship Research Association zu unternehmerischen Tätigkeiten in den verschiedenen Lebenszyklusphasen vorgestellt. Diese Daten vermitteln einen Überblick über das Ausmaß der Gründungsabsichten, Gründungsaktivitäten und Aktivitäten nach der Gründung für jene, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind. Weitere Umfragedaten werden ebenso verwendet, um einen Einblick in die bei der Unternehmensgründung bestehenden Hindernisse und andere zentrale Merkmale im Hinblick auf die Auswirkungen der selbstständigen Erwerbstätigkeit zu gewähren. Auf die gleiche Weise **werden in den Kapiteln 3 und 4 Daten zu selbstständiger Erwerbstätigkeit und unternehmerischen Tätigkeiten von jungen Menschen und Älteren vorgestellt. Kapitel 5 befasst sich mit Daten zur Art des Unternehmenssitzes**, d. h. mit der Frage, ob Unternehmer ihre Gründungsaktivitäten von zu Hause aus oder in anderen Räumlichkeiten bzw. mobil betreiben.

Nach Ausführungen zu den Raten unternehmerischer Tätigkeit in den Hauptzielgruppen schließt sich Teil II mit einer näheren Untersuchung von zwei zentralen Zielgruppen der politischen Strategien und Maßnahmen für ein integrationsförderndes Unternehmertum an. **In den Kapiteln 6 und 7 wird die Unterstützung der unternehmerischen Tätigkeit in den Gruppen der Arbeitslosen und der ethnischen Minderheiten und Zuwanderer untersucht.** In jedem

Kapitel werden Daten zur Verdeutlichung des Umfangs und Potenzials des Unternehmertums für jede Gruppe vorgestellt. Der Schwerpunkt beider Kapitel liegt jedoch auf den politischen Ansätzen zur Förderung und Unterstützung dieser Gruppen bei Gründungsvorhaben und selbstständiger Erwerbstätigkeit. Es werden Beispiele für derzeit übliche Praktiken zusammen mit politischen Empfehlungen vorgestellt.

Die zweite Hälfte von Teil II befasst sich mit den spezifischen Werkzeugen, die der Politik in ihrem Instrumentarium zur Unterstützung eines integrationsfördernden Unternehmertums zur Verfügung stehen. **Kapitel 8 untersucht die Möglichkeiten politischer Entscheidungsträger zur Förderung von Wirtschaftsförderungsdiensten für unterrepräsentierte und benachteiligte Gruppen.** Das Kapitel beschreibt das unterschiedliche Vorgehen in der EU und enthält Empfehlungen zur Verbesserung dieser Fördermöglichkeiten. **Kapitel 9 untersucht die Einflüsse der Sozialversicherungssysteme auf Unternehmensgründungen und selbstständige Erwerbstätigkeit.** In dem Kapitel wird erörtert, wie unterschiedliche Komponenten der Sozialversicherungssysteme die Gründungsentscheidung beeinflussen können, insbesondere bei Angehörigen benachteiligter Gruppen, die gegebenenfalls von mehr als einer Form des Sozialschutzes abhängig sind. Weiterhin werden die jüngsten Maßnahmen verschiedener Mitgliedstaaten zur Verbesserung des Sozialschutzes für Selbstständige vorgestellt und Empfehlungen an die Politik ausgesprochen.

Schließlich wird in Teil III ein tiefgreifender Einblick in jeden der 28 Mitgliedstaaten gewährt. **In Kapitel 10 werden für jeden Mitgliedstaat inspirierende politische Vorgehensweisen vorgestellt, mit denen ein integrationsförderndes Unternehmertum unterstützt wird, sowie Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit und zum Unternehmertum in unterrepräsentierten und benachteiligten Gruppen vorgestellt.**

Literatur

- Ahmad, N. und R. G. Seymour (2008), «Defining Entrepreneurial Activity: Definitions Supporting Frameworks for Data Collection», *Document de travail Statistique OCDE* 2008/01, Publication OCDE, Paris. DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/243164686763>.
- Europäische Kommission (2005), „Factors of business success survey“, Eurostat.
- Eurostat (2014), Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach Interventionsart, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/labour_market/labour_market_policy.
- Eurostat (2013), Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen (EU-SILC), http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/income_social_inclusion_living_conditions/introduction.



From:
The Missing Entrepreneurs 2014
Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264213593-en>

Please cite this chapter as:

OECD/European Union (2015), "Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum in der europäischen Union", in *The Missing Entrepreneurs 2014: Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264230897-4-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.